



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21931 - 33
Fernschreiber 0886890

B/XIV/19 - 23. Januar 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	Bundeskabinett - moralisch geschlagen Zur Justizdebatte im Bundestag	81
3 - 4	Mut oder Verzweiflung? Agrarreform in Indien	70
5	Ein Jahr 23. Januar 1958 Von Franz Borsig	50
6	Die "Enthüllungen" Dombrowskis Werkzeuge der deutschen Selbstzerfleischung	37
7 - 8	Wer fürchtet "Stalingrad"? Ränke und Gerüchte um einen neuen Film, der die Wahrheit sucht	65

* * * * *
* * * * *

23. Januar 1959

Bundeskabinett - moralisch geschlagen

U.D. Wohl selten erlebte die Bundesregierung mit einem ihrer Minister eine größere Blamage als in der Justizdebatte am Donnerstag mit dem Außenminister von Brentano. Ihm hatte der SPD-Abgeordnete Heinemann vorgeworfen, mit dem seit 1953 um seine Rehabilitierung kämpfenden Ministerialrat Strack ein schmutziges Tauschgeschäft versucht zu haben. Gegen das Angebot eines Botschafterpostens in Pretoria, so hatte Heinemann vor dem Bundestag ausgeführt, sollte Strack seine Strafanträge wegen falscher Anschuldigung gegen Hallstein, Blankenhorn und von Maltzan zurücknehmen. Unter großem Jubel seiner Fraktion konnte Brentano einen Brief von Strack's Rechtsanwalt vorlesen, in dem gebeten wurde, im Interesse seines Mandanten über diese Geschichte nicht zu reden, sie entspräche auch nicht der Wahrheit. Als Heinemann darauf einräumte, statt von Pretoria könnte auch von einer anderen Hauptstadt die Rede gewesen sein, vergaß Brentano seine fünf Minuten vorher gesprochenen Worte, schritt ans Rednerpult - nur um der SPD zu widersprechen - und verlas den Text eines Briefes, in dem Strack eben jener Botschafterposten in Pretoria angeboten wurde. Unterschrift: von Brentano.

Man wird nicht fehlgehen in der Vermutung, daß dieses peinliche Selbstdementi eines Ministers einmal ein Nagel zu seinem Sarg sein kann. Die betroffenen Gesichter auf der Regierungsbank und das Erstarren der CDU-Fraktion ließen einiges ahnen. Dem Fortgang der Debatte indessen war es nützlich, daß an einem Punkte die Wahrheit zu Tage kam. Eben diese Wahrheit, die herauszufinden Aufgabe der Gerichte ist und mit der die Bundesregierung hinter dem Berge hält, wenn es irgend möglich ist. So im Falle Hallstein-Blankenhorn-Maltzan seit über fünf Jahren und unter Ausnutzung jedes nur denkbaren Tricks, von der Aussageverweigerung über den Amnestieantrag bis zur Pression.

Gewiß waren die Sprecher der Bundesregierung, die die Große Anfrage der SPD zu beantworten hatten, alles andere als schweigsam. Der Bundesjustizminister sprach über eine Stunde, aber er redete an allen politisch virulenten Problemen vorbei. Nebensächlichkeiten behandelte er ausführlich, peinliche Fragen umging er. Seine Ausführungen zu verschiedenen sehr kritisierten Urteilen der neusten Zeit waren ebenso wie die Stellungnahme des Bundeskanzlers zu antisemitischen Vorgängen erfreulich, ließen aber jede Bezugnahme auf Maßnahmen und Unterlassungen der Bundesregierung

23. Januar 1959

selber vermissen. Es waren Selbstverständlichkeiten für Politiker, die als Mitglieder der Regierung einen Eid auf das Grundgesetz abgelegt haben.

Zum Falle Kilt gewährte die Bundesregierung einem der schwerer passiven Bestechung dringend Verdächtigen ohne zu zögern eine Ehren-erklärung, die der Ministerialrat Strack seit Jahren nicht bekommt. Ungerührt bekannte sich Adenauer zu seiner Entscheidung, gegen Kilt ein Disziplinarverfahren nicht zu beantragen. Den mit ausdrücklichem Hinweis auf seine Eigenschaft als Bundeskanzler geschriebenen Brief an die für Kilt zuständige Strafkammer, mit der das Gericht unter Druck gesetzt wurde, nannte er völlig korrekt, was im Widerspruch zur Rede des CDU-Abgeordneten Kanka stand, der diese Eingabe mit starker Betonung als "von Staatsbürger Adenauer" geschrieben bezeichnete, der doch schließlich "kein Bürger minderen Rechts" sei. Für bereits als völlig unter seiner Würde hielt Adenauer ein Eingehen auf seine Beziehungen zum Nachrichtenhändler Stephan, der zwei von seinen vier Jahren Zuchthaus, die er zur Zeit abbüßt, seinen Geschäften mit Bundeskanzler Adenauer verdankt. Vor einem Dreivierteljahr nämlich hatte der Kanzler seine nur beschränkte Aussagegenehmigung für den Bundespresscamts-Angestellten Drasmann mit der Behauptung entschuldigt, das Gericht habe im Stephan-Prozeß gar nicht alles wissen wollen. Jetzt konnte ihm der SPD-Sprecher Arndt nachweisen, daß auch diese letzte Ausrede nicht der Wahrheit entsprach. Dem Chef der Bundesregierung war dieser schwere Vorwurf egal, er schwieg sich dazu aus.

Aber auch Schweigen ist Antwort, zumal in einer fast zehnstündigen Debatte. So wird man forthin, um nur die wichtigsten Fälle zu nennen, über das Verhalten dieser Bundesregierung als Beteiligte an Gerichtsverfahren feststellen können: Der Kanzler erschwert die Rechtsfindung durch Aussageverweigerungen und leugnet sie hinterher. Er schreibt an Gerichte Mahnbriefe mit befremdlichem Inhalt, die geeignet sind, die Richter unter Druck zu setzen. Peinliche Affären umgeht er vor dem Parlament mit dem Hinweis auf bevorstehende Prozesse, in denen er sich dann vor dem Urteil vergleicht. Ein Minister reagiert auf eine polizeiliche Anzeige mit Beschwerde bei der obersten Dienstbehörde, in der er die ganze Beamtenschaft parteipolitischer Einschüchtigkeit verdächtigt. Ein anderer Minister sucht unter seinen Beamten einen Schuldigen, läßt die in Frage kommenden Personen als Zeugen, den berichtenden Journalisten jedoch als Beschuldigten vernehmen. Ein weiterer Minister bietet Botschafterposten an, um der Gerechtigkeit in den Arm zu fallen. Und das ganze Kabinett schließlich erklärt einstimmig drei hohe Beamte zu Ehrenmännern und macht sie zu deutschen Repräsentanten im Ausland, nachdem ein Gericht ihre Amnestierung abgelehnt hat, weil mit ihrer Bestrafung zu über drei Monaten Gefängnis zu rechnen ist.

Fürwahr eine Gesellschaft von Biedermännern, dieses Kabinett. Der Abgeordnete Bucher von der FDP traf den Kern, als er Orwell zitierte: "Alle Tiere sind gleich, aber einige Tiere sind gleicher als die andern."

Mut oder Verzweiflung ?

I.D. Für den Beobachter aus dem Westen hat es nie einen Zweifel darüber gegeben, dass Indien und China beim Aufbau ihrer Länder in hartem Konkurrenzkampf liegen. Es gilt, die Bestätigung zu erbringen, welches System - Demokratie oder Diktatur - den Sieg davontreten und sich den übrigen in der Entwicklung begriffenen asiatischen und afrikanischen Staaten empfehlen wird. Gerade in den letzten zwei Jahren machte sich ein starker und stetiger Aufschwung der chinesischen Wirtschaft bemerkbar. Dass dies nur mit Hilfe umfangreicher russischer Unterstützung und rücksichtslosem Einspannen des ganzen chinesischen Volkes in den Prozess des Aufbaus möglich gewesen ist, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Die Meldung, dass allein die landwirtschaftliche Produktion in China im letzten Jahr um 70 Prozent gesteigert werden konnte, muss darum ganz besonders Nehru zu danken gegeben haben. Seine Massnahmen zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und damit zur Verbesserung des Lebensstandards des indischen Volkes haben sich bisher nur als Pflästerchen erwiesen. Es blieben die alten Besitzverhältnisse, nach denen zwei Prozent der Landbevölkerung 70 Prozent des Bodens ihr eigen nennt, weil man, nach Nehrus Aussage, dem Aufbau eines neuen Indiens keine Feinde schaffen sollte. Es blieb neben den übergrossen Besitzungen die aus Kot und Erbschaftsteilungen fragmentierte Landwirtschaft in den Händen der übrigen 98 Prozent der Landbevölkerung. Nach indischen Angaben beträgt das Durchschnittseinkommen pro Kopf der bäuerlichen Bevölkerung jährlich 150,-- DM; es ist in den letzten Jahren nur unwesentlich gestiegen.

Für die Einführung von Genossenschaften hielt die Regierung bisher den indischen Bauern noch nicht fortschrittlich genug. Statt dessen führte sie die Gründung der sogenannten Gemeinschafts-Siedlungsprojekte herbei. Sie entsprangen einer Idee des ehemaligen amerikanischen Botschafters in Indien, Chester Bowles, und verleiteten zu der Annahme, dass man mit Hilfe dieser Projekte, die ein gewisses Mass von Zusammenarbeit mit Regierungsunterstützung erfordern, die Grundlage für eine freiwillige Kollektivierung schafft. Der entscheidende

Wandel aber, der Höherentwicklung und Fortschritt auf dem Lande versprach, blieb aus. Diese von Sanftmut und Langmut getragene Form der Unterweisung und des guten Zuredens erwies sich als ungenügend. Kostbare elf Jahre sind seit der Befreiung Indiens verstrichen, ohne daß sich in der Landwirtschaft eine wesentliche Strukturänderung vollzogen hätte.

Nehru, der häufig zu Überraschungen neigt, trat nur dieser Tage vor den Jahreskongreß seiner Partei und forderte und bekam die Zustimmung zur Umwandlung der 600 000 indischen Dörfer in Genossenschaften. Nach dem vorliegenden Plan wird der Übergang schrittweise erfolgen. Am Ende soll der Zusammenschluß von Besitzungen zum Zweck der gemeinschaftlichen Produktion stehen. Jeder Bauer wird jedoch im Besitz seines Landes bleiben und einen Anteil am Produkt im Verhältnis zur Größe seines Landbesitzes bekommen. In der ersten Phase dieses Projektes werden Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften gegründet werden. Die gemeinschaftliche Landbearbeitung wird erst in drei Jahren beginnen. Die Festsetzung der Größen des Landbesitzes obliegt den einzelnen Provinzregierungen bis Ende dieses Jahres.

Es bleibt dabei zu bemerken, daß gerade die Provinzregierungen vielfach konservativer eingestellt sind als Nehru, der stets mit seinen Ideen den Mitgliedern und Funktionären seiner Partei weit voraus ist. So ist auch die von ihm vorgelegte EntschlieÙung nicht ohne hitzige Debatten angenommen worden, in der selbst einer seiner Minister sich gegen die neue Maßnahme wandte. Wenn man bisher Nehrus Ideen des Sozialismus relativ geringen Widerstand leistete, so nur deshalb, weil es ihm gelang, diesen von ihm angestrebten Sozialismus als Mischung von privater und staatlicher Initiative darzubieten. Im Falle der Einführung von Genossenschaften auf dem Lande wird er schneller auf Widerstand stoßen, da er zum ersten Mal dem Privatbesitz ins Gehege kommt, wenngleich er auch zunächst auf eine Einkommensbegrenzung des einzelnen Bauern verzichtet hat. Bemerkenswert ist dabei auch, daß gerade die Großgrundbesitzer bisher in Nehru ihren Mann sahen und seiner Partei auf dem Lande den Rückhalt gaben. Wenn Nehru trotz dieser Tatsache gegen sie handelt und gleichzeitig gegen seine eigene These, daß man niemandem zum Feinde des Aufbaues im neuen Indien machen dürfe, so ist das ein Beweis für das Versagen der bisher praktizierten Methoden und die Furcht vor dem Beispiel aus dem Norden.

Ein Jahr 23. Januar 1958

Von Franz Barsig

Es war genau vor einem Jahr. Damals knisterte es im Bundestag vor Spannung und Erregung. In der aussenpolitischen Debatte sprachen zunächst Dr. Thomas Dehler, impulsiv, leidenschaftlich, erregt und dann Dr. Dr. Gustav Heinemann, kühl, sachlich und treffend. Zwei ehemalige Bundesminister, die Gelegenheit hatten, die Politik der Regierung ganz aus der Nähe kennenzulernen, erhoben Anklage. Sie warfen der Bundesregierung vor, vor allem im Jahre 1952, als ein wichtiger Notenwechsel zwischen der Sowjetunion und den Westmächten über die deutsche Wiedervereinigung im Gange war, versagt zu haben.

Diese Debatte hat noch lange die Gemüter erregt. Die Bundesregierung, die in dieser dramatischen Nacht die Sprache und die Stimme verloren hatte, hat nachher immer und immer wieder versucht, nachzuweisen, dass die damaligen sowjetischen Angebote nicht das gewünschte Ziel der Wiedervereinigung enthielten. Sie ging mit dieser Argumentation an den Dingen vorbei. Niemand hat damals und heute behauptet, dass der Notenwechsel des Jahres 1952 bereits ein klares Angebot der Wiedervereinigung enthalten hat. Der Vorwurf, der sich vor allem gegen Adenauer richtete, war, dass er damals die Chancen nicht genutzt hat, die in diesem Notenwechsel lagen, dass er seine Verbündeten nicht auf den Weg drängte, bis ins Letzte zu ergründen, was in den sowjetischen Noten für die Wiedervereinigung hätte nutzbar werden können. Der Vorwurf lautete, dass man damals für das Linsengericht der Wiederaufrüstung und die Politik der Stärke für lange Jahre jedes vernünftige Gespräch über die Wiedervereinigung verbauts.

Hat es Sinn, heute noch an diese Debatte zu erinnern? Ist die Situation nicht heute andere? Können Vergleiche gezogen werden, zumal alle Parteien doch der Meinung sind, dass der sowjetische Friedensvertragsentwurf nicht annehmbar ist? Ein Vergleich aber trifft zu. Wie 1952 - in seiner ganzen politischen Tragweite sind die damaligen Vorgänge in das Bewusstsein des Volkes erst durch diese Debatte von 23. Januar 1958 gekommen - stehen wir auch heute wieder an einem Kreuzweg. Man kann wiederum nur Nein sagen. Man kann bei den alten Formeln und Vokabeln stehenbleiben, oder man kann die grosse Anstrengung versuchen, zu einer neuen Lösung in Mitteleuropa zu kommen. Unterlässt man diese Anstrengung, dann kann der Pfad betreten sein, der in das Chaos des Krieges führt, oder man betritt die Strasse, die an der Spaltung endet und die Häuser, die Hüben und Gräben trennt, noch höher werden lässt. Nur über eines sollte man sich klar sein, wenn heute die Erinnerung an die Debatte vor einem Jahr und die Situation des Jahres 1952 damit heraufbeschworen wird: Es ist im Vergleich zu 1952 alles viel schwieriger und verhärteter geworden, und der Preis für Menschen und Land ist gestiegen. Gewiss, die sowjetische Politik hat daran ein gerüttelt Masse Schuld, aber auf der anderen Seite haben auch die den Preis in die Höhe getrieben, die glaubten, dass man die Sowjetunion "in die Knie zwingen" könne, wenn man nur stark ist. Daran sollten wir heute denken und uns vergegenwärtigen, dass ein Fortfahren auf diesem Wege eines Tages Preise fordern kann, die niemand mehr zahlen kann, es sei denn, man sprengt alles das, was man haben, schützen und verteidigen will, in die Luft.

Die "Enthüllungen" Dombrowskis

sp - Was als eine große Show einer Organisation, die den Kalten Krieg pflegt, angekündigt worden war, erwies sich als eine Seifenblase. Es kreisten die Berge und ein Mäuslein ward geboren. Gemeint ist die Vorstellung, die Herr Dombrowski, geflüchteter stellvertretender Leiter der zentralen militärischen Spionageorganisation, vor der Presse gab. Rundfunk und Fernsehen hätten sich ihren Aufwand ersparen können, was Dombrowski erzählte, waren Plattheiten, keine Neuigkeiten. Daß die Machtgeber von Pankow, selber willfähige Werkzeuge einer fremden Macht, auf westdeutschem Boden Spionageorganisationen unterhalten, ist schon lange bekannt. Daß von Ostberlin Weisungen an die in der Bundesrepublik wirkenden Agenten erfolgen, weiß alle Welt. Daß Moskau bei diesem Spiel nicht die Rolle des Unbeteiligten einnimmt, liegt sozusagen in der Natur der Sache. Das ist übrigens kein einseitiger Vorgang, die Westmächte tun dasselbe. Auch sie haben ihre Leute jenseits des Eisernen Vorhanges und das Betrübliche dabei ist nur, daß sich auf deutschem Boden die Agentennetze überschneiden.

Die Veranstalter glaubten wohl, mit den "Enthüllungen" des Herrn Dombrowski die deutsche Öffentlichkeit alarmieren zu können. Das ist gründlich mißlungen. Sie verfolgten aber auch noch eine andere Absicht, nämlich die, eine Begründung für die Aktion "Rettet die Freiheit" zu liefern. Sie wählten einen Tag, an dem in Bundestag die große Justizdebatte, die so betrübliche Schlaglichter auf das Verhalten von Bundesministern warf, abrollte, um damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von wesentlicheren Dingen abzulenken.

Der Kampf gegen den Kommunismus ist nicht eine Spionagesache und die Abwehr der Infiltrationsversuche der Pankower Herren keine Angelegenheit von Agentenzentralen. Ob die Bundesrepublik sich als eine Bastion der Demokratie und als ein Element der freiheitlichen Entwicklung behaupten kann, hängt wirklich nicht von dem Wirken einiger Tausend Agenten oder Verführer ab, sondern von ihrem sozialen Gehalt, den sie sich selbst gibt. Dombrowskis gibt es nicht nur jenseits des Eisernen Vorhanges, sie finden ihr entsprechendes Gegenstück auch bei uns in der Bundesrepublik und sie werden dies- und jenseits der Elbe von Kräften ausgehalten, die ein Interesse daran haben, beide Teile Deutschlands in eine Todfeindschaft hineinzutreiben. Es fällt wirklich schwer, einen Unterschied festzustellen zwischen den jetzigen Freunden des Herrn Dombrowski und seinen früheren Dienstherren; beide dienen der Selbstzerfleischung des deutschen Volkes.

Wer fürchtet "Stalingrad"?

W. H. Die Vergangenheit steht wieder einmal auf: Im Harz und in Göttingen werden seit einiger Zeit schon die Uniformen der großdeutschen Wehrmacht sichtbar, jagen stahlbehelmte Gestalten durch den Schnee, blitzt und zuckt es am Horizont. Ein neuer Kriegsfilm wird hier gedreht, ein Film über Stalingrad. Schon mehrten sich in Niedersachsen die Stimmen, macht Schluß mit diesen verlogenen Heilengeschnitten, aber über Nacht sozusagen hat sich die Opposition gegen diesen Film verschoben.

Eine neue ist da: diesmal aus Richtung Bonn. Das Bundesverteidigungsministerium, gebeten um Leihpanzer und andere Requisiten, hatte zunächst nicht nein gesagt. Dann stellte sich aber heraus, daß der aus Amerika vor einigen Jahren heimgekehrte Regisseur Frank Wisbar andere Vorstellungen von diesem Film hat wie die Bonner. Daraufhin wurde alles gestrichen. Wisbar muß sich jetzt anders helfen.

Zur gleichen Zeit, da er diese Nachricht bekam, stellte Wisbar noch etwas anderes fest, nämlich die Opposition eines deutschen Generals namens Arthur Schmidt. General Schmidt war Stabschef der 6. Armee, Stellvertreter des Generalfeldmarschall Paulus. Er mobilisiert seine ehemaligen Kollegen gegen diesen Film, mit dem angeblich das deutsche Soldatentum und die Offizierschre aufs Spiel gesetzt werde. Schmidt droht auch mit Klage für den Fall, daß er selbst in diesem Streifen dargestellt würde. Was in Wahrheit diesen ehemaligen General so böse macht, ist vielleicht schneller zu ergründen, als er selbst es vermutet. Es gibt ein Buch, in dem der Marschall von Manstein auch über die Tragödie von Stalingrad berichtet. Von Manstein erinnert sich in diesen seinen Erinnerungen sehr genau an den General Schmidt: "... er sagte wörtlich, die sechste Armee werde noch Ostern ihre Stellung halten!"

Dies sagte Stabschef Schmidt im Januar 1943, am 1. Februar aber war die Armee bereits zusammengeschlagen und Paulus suchte den Kontakt mit russischen Unterhändlern. Regisseur Wisbar dazu:

"Mit diesem Film gibt es keine geschäftlichen oder gesellschaftlichen Pardon - er wird wahrhaftig und unerbittlich in seiner Darstellung der Geschichte sein!"

Wird das in Bonn und im Hause Schmidt so gefürchtet? Und wenn, warum? Stört es die Kreise des Bundesverteidigungsministers, der seine Flaksoldat-Zeit in Rußland doch wohl nicht vergessen hat, paßt es nicht in seine Reden "Von Norðkap bis zum Kaukasus?"

Ist es nicht bemerkenswert, daß zur gleichen Zeit, da man ministerielles Unbehagen feststellt, auf einmal auch das Gerücht umgeht, der Film sei von Kommunisten mitfinanziert, mitfinanziert worden usw.? Regisseur Wisbar wird hinterm Rücken nachgesagt, er ließe sich bei den Dreharbeiten ständig beraten von dem ehemaligen General von Seydlitz, der nach Stalingrad im russischen Auftrag das "Nationalkomitee Freies Deutschland" mitgegründete. Frank Wisbar, selbst einmal in Deutschland Offizier, doch nicht in der Hitlerzeit, die er in USA verbrachte, erklärt dazu: "Alles an den Haaren herbeigezogen!" Natürlich habe er auch mit Seydlitz gesprochen, doch er sei einer von vielen gewesen, denn er habe alle nur greifbaren Kronzeugen dieses Dramas interviewt, um zu einem gültigen Urteil zu kommen. Im Übrigen meinte Wisbar: "Ich werde mir doch für einen solchen Film nicht Generäle als Berater aussuchen - allein hier wird die Nachricht schon zur Dummheit!"

Es ist anzunehmen, daß Generäle wie Schmidt mit großer Nervosität diesen Film entgegensehen, und im gewissen Sinne ist dies auch verständlich. Wenn aber Halbwahrheiten verbreitet werden, noch dazu politisch gezielt, dann hört das Verständnis auf. Wobei allerdings zu sagen ist, daß bis heute nicht feststellbar ist, woher speziell die Seydlitz-Nachricht stammt. Hoffentlich kommt sie nicht aus Bonn, wo mit solchen Kolportagen nicht gerade gespart wird, und wo man heute lieber fröhliche Frontgeckel-Geschichten auf der Leinwand sieht als das Massensterben von Stalingrad.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel